Gruber empfindet Trauer, Mulert spricht von Finte

Hat das Totenglöcklein für eine Baumschutzverordnung schon geläutet? Oder atmet die Patientin noch? Die Baumschutzgegner im Bauausschuss jedenfalls haben die Apparate ab- und die Behandlung eingestellt: Mit 6 zu 5 Stimmen beschloss der Ausschuss, das Thema Verordnung final von der Tagesordnung zu nehmen. Dabei hatte der Gemeinderat erst im Februar einen Arbeitsauftrag an die 10 Ausschuss-Mitglieder erteilt. Für die CSU-Fraktion und für den Bürgermeister ein klarer Sieg, für die Umwelt vielleicht kein Grund zum Feiern.

Voller Erwartungen hatten sich die BGH-Rätin **Claudia von Hirschfeld** und Grünen-Vertreter **Gerd Mulert** in die Debatte um eine Baumschutzverordnung gestürzt. „Schön, dass wir uns endlich mit Inhalten beschäftigen können“, freute sich die BGH-Rätin, und Mulert erinnerte an das legendäre Hearing im Kurparkschlösschen, in dem Fachleute den gesetzlich verankerten Baumschutz erklärten. Mulert war von der Veranstaltung der Bürgerinitiative Pro Natur so begeistert, dass er externe Experten als Moderatoren (er meinte wohl auch Mediatoren) für die verfahrene Situation im Gemeinderat empfahl. „Mit fachkundiger Beratung könnte eine Einigung im Gemeinderat gelingen“, glaubt der Grüne.

Dann meldete sich SPD-Mann **Wolfgang Schneider** zu Wort, der inzwischen eine Art Zünglein an der (Stimmen-)Waage ist. Er stimmte in den vergangenen Monaten konsequent mit CSU und Bürgermeister gegen alles, was nach Baumschutzverordnung aussah. Schneider ließ in seinem Statement zuerst einmal aufhorchen: „Wir müssen auf den Klimawandel reagieren“, forderte er, „dazu gehört auch ein bisschen Baumschutz.“ Er sagte tatsächlich „ein bisschen“. Man müsse versuchen, Bäume zu erhalten, in dem man „Belege für die Notwendigung einer Fällung“ einfordere. Dann warf er sich noch für die Vision einer Schwammstadt ins Zeug: „Wasser auffangen, nicht ableiten.“ Begrünung von Flachdächern, Verbot von Schottergärten, halt das übliche Instrumentarium gegen Sturzfluten nach Starkregen. Als es aber zum Schwur kam, hob er die Hand für den CSU-Antrag.

Auch CSU-Fraktionssprecher **Thomas Bader** hisste die grüne Fahne: „Dass wir Baumschutz wollen, ist klar“, sagte er, um dann gleich wieder die Axt an das Grünbekenntnis zu legen: „Aber wir dürfen die Bürger nicht weiter belasten. Unsere Familien sollen die Chance haben, in Herrsching zu bleiben.“ Deshalb müsse man in den Ortskernen die Bebauung verdichten. Eine Baumschutzverordnung aber verzögere das Bauen. „Unsere Kassen werden immer leerer“, fuhr er fort, ohne allerdings den Zusammenhang zwischen Haushaltsnöten und Baumschutzverordnung näher zu begründen. Die Gemeinde solle den Bürger beraten, wie man Bäume erhalten könne, forderte Bader. Fazit: „Warum sollen wir in Herrsching die Ersten sein, Herrsching wird das Klima von der Welt nicht retten können.“

Christoph Welsch (Fraktion der Grünen), durch viele Wortmeldungen auch als Gegner einer Baumschutzverordnung bekannt, versuchte sich als Vermittler. Er sehe eine Notwendigkeit, ins Baurecht einzugreifen, um Grün zu erhalten. Und schließlich ein Satz fürs grüne Herz: „Wir fordern von den Bürgern Stellplätze beim Hausbau, warum fordern wir nicht auch Bäume?“ Aber dann wieder eine Kehrtwende: „Ich bin dagegen, dass wir ins Eigentumsrecht eingreifen.“ Man dürfe einen Grundbesitzer nicht drangsalieren, nur weil alte Bäume auf seinem Grund stehen. Man könne aber ortsbildprägende Bäume in einem die Gemeinde überwölbenden Bebauungsplan schützen. Um nun in der Diskussion weiterzukommen, schlug Welsch vor, eine Baumschutzverordnung „light“ und eine Baumschutzverordnung „streng“, analog zu light „strictly“, zu erarbeiten. Der Gemeinderat habe dann die freie Auswahl. Sein Fraktionskollege **Wolfgang Darchinger** bemerkte pessimistisch: „Mit jedem Bau wird das Grün in Herrsching weniger.“

BGH-Sprecherin **Christiane „Tinsi“ Gruber** bekräftigte noch einmal ihren politischen Glaubenssatz, dass „Gestaltung in einem Ort nur über Verordnungen möglich ist“. Auch ihre Fraktionskollegin Claudia von Hirrschfeld, die sich immer mehr als Vorkämpferin fürs Grün in Herrsching profiliert, erinnerte an die grundgesetzlich verankerte Eigentums-Verpflichtung. „Viele Regeln, die wir erlassen, betreffen das Eigentum der Bürger.“

Bürgermeister Schiller brachte dann plötzlich noch einmal eine Bürgerbefragung ins Spiel. Wie er dieses Plebiszit aber rechtssicher gestalten will (nachdem der letzte Bürgerentscheid schon krachend gescheitert war), ließ er offen.

Die Diskussion nahm schließlich einen anderen Verlauf und beschäftigte sich mit einer möglichen Grünordnungs- und Gestaltungssatzung, wie sie zum Beispiel Starnberg erlassen hat. („Satzung über Einfriedungen, die Gestaltung der unbebauten Flächen, der bebauten Grundstücke und baulichen Anlagen, über den Schutz ortsbildprägender Bäume sowie über die Herstellung und Ausstattung von Kinderspielplätzen“).

Bürgermeister Schiller hatte allerdings gleich zu Beginn der Sitzung klar gemacht, dass eine Baumschutzverordnung innerhalb einer Grünplansatzung gegen die Gemeindeordnung verstoße. Weil solche Satzungen aber unabhängig von ihrer gestaltenden Wirkung gut fürs grüne Image sind, besorgt die Rathausverwaltung auf Wunsch des Bauausschusses ein paar Mustersatzungen, die für Herrsching als Vorlage dienen könnten.

CSU-Rat Thomas Bader zog dann mit einem der bestens bewährten Anträge zur Geschäftsordnung die Notbremse in Sachen Baumschutzverordnung: „Ich stelle den Antrag, dass jetzt darüber abgestimmt wird, ob wir überhaupt noch einmal über eine Baumschutzverordnung im Bauausschuss diskutieren sollten.“ Da über solche Anträge sofort und ohne Diskussion abgestimmt werden muss, kam es dann zum Schwur: Die CSU-Gemeinderäte **Thomas Bader, Michael Bischeltsrieder und Christina Reich** stimmten zusammen mit dem SPD-Gemeinderat **Wolfgang Schneider, Bürgermeister Schiller und FDP-Rat Johannes Puntsch** dafür, die Baumschutzverordnung final aus der Agenda des Bauausschusses zu tilgen. Die Stimmung im Bauausschuss war anschließend der einer Beerdigung nicht unähnlich: Die BGH-Sprecherin **Christiane Gruber** fand das Verfahren „traurig”, Grünen-Rat **Gerd Mulert** bezeichnete die CSU-Strategie sogar als „Finte”, was Christina Reich sofort empört zurückwies.

Category

1. Gemeinde

Date
01/07/2025
Date Created
07/03/2024